

Aus: [Ausgabe vom 27.11.2018](#), Seite 7 / Ausland

Vorwand gesucht

Kolumbiens Regierung will Friedensverhandlungen mit der ELN offenbar um jeden Preis abbrechen

Von *Volker Hermsdorf*



Kämpfer der ELN 2017 im Nordwesten Kolumbiens

Foto: Federico Rios/Reuters

Die Regierung Kolumbiens hat die seit einigen Monaten unterbrochenen Friedensgespräche mit der Guerillaorganisation »Nationale Befreiungsarmee« (ELN) erneut torpediert. Wie die Nachrichtenagentur *Reuters* meldete, hat Bogotá die kubanische Regierung am Dienstag letzter Woche zur Auslieferung des obersten ELN-Comandante Nicolás Rodríguez Bautista aufgefordert. Bereits Anfang November hatte das kolumbianische Außenministerium von den zuständigen Stellen in Havanna, wo die Friedensgespräche bislang stattfanden, Auskunft über den Aufenthaltsort mehrerer Guerillaführer verlangt.

Die ELN hatte Anfang des Monats den auch »Gabino« genannten Comandante Bautista zum Leiter ihrer Verhandlungskommission ernannt und darüber die Regierung in Bogotá informiert. Deren Beauftragter für die Friedensgespräche, Miguel Ceballos, erklärte später jedoch, dass sich Kolumbiens Präsident Iván Duque selbst aussuchen könne, mit wem er reden wolle. Duque selbst warf am 18. November gegenüber der Tageszeitung *El Tiempo* Kuba und Venezuela vor, Guerilleros zu schützen, nach denen Kolumbien über Interpol fahnden lasse. Die Regierungen in Havanna und Caracas haben die Angriffe bislang nicht direkt kommentiert. Der Journalist und frühere venezolanische Vizepräsident José Vicente Rangel warf in seiner wöchentlichen Fernsehsendung »José Vicente Hoy« im Privatkanal *Telegen* Kolumbien vor, es sei »das Werkzeug der USA gegen Venezuela«.

Der seit August amtierende Staatschef Duque ist ein politischer Ziehsohn des ultrarechten Expräsidenten Álvaro Uribe (2002–2010), der als wütender Gegner des Friedensprozesses gilt. Duques Amtsvorgänger Juan Manuel Santos hatte im Dezember 2016 einen Friedensvertrag mit der größeren Guerillaorganisation FARC-EP unterzeichnet, der den mehr als 50 Jahre andauernde Krieg zwischen Staat und Guerilla beenden sollte. Parallel dazu hatte er auch die Verhandlungen mit der ELN



[Ausgabe als PDF »](#)

[Archiv seit 1997 »](#)

Ausgabe vom 27.11.2018

Onlineabo

[Passwort vergessen? »](#)

Regio aktuell

- [Argentinien](#)
- [Belgien](#)
- [Brasilien](#)
- [Bulgarien](#)
- [China](#)
- [EU](#)
- [Frankreich](#)
- [Griechenland](#)
- [Großbritannien](#)
- [Indien](#)
- [Iran](#)
- [Irland](#)
- [Italien](#)
- [Jemen](#)
- [Kolumbien](#)
- [Kuba](#)
- [Marokko](#)
- [Niederlande](#)
- [Österreich](#)
- [Rußland](#)
- [Saudi-Arabien](#)
- [Schweden](#)
- [Spanien](#)
- [Südafrika](#)
- [Türkei](#)
- [Ukraine](#)
- [USA](#)
- [Venezuela](#)

In der Debatte:

[»Saudischen König zur Reichenschaft ziehen«](#)

[Kollege »Pirol«](#)

[Wir sollen Staat werden](#)

[Nicht funktionsfähig](#)

aufgenommen. Während Santos dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, verkündete Duque im Wahlkampf, das Abkommen »in Stücke reißen« zu wollen. Mit dem Vorgehen gegen die Guerillavertreter sucht die Rechte jetzt offenbar eine Rechtfertigung für den endgültigen Abbruch der Gespräche.

ANZEIGE



Menschenrechtsorganisationen beklagen seit langem, dass Interpol häufig von autoritären Regimen instrumentalisiert wird, um unbequeme Kritiker und politische Kontrahenten auszuschalten. So setze die Türkei Kurden auf die Fahndungsliste, die in Deutschland als Flüchtlinge anerkannt seien. Eine derartige »Ausschreibung« von Interpol ist allerdings kein Haftbefehl. Jedes Land entscheidet selbst, ob es dem Gesuch eines anderen Landes nachkommt und eine Person festnimmt oder ausliefert. »Rechtlich gesehen, ist Interpol ein in Frankreich eingetragener Verein, der sich über die Beiträge der Mitgliedsstaaten und Spenden finanziert. Er basiert weder auf einem völkerrechtlichen

Vertrag noch auf der Ratifizierung durch ein Parlament«, hatte die *Süddeutsche Zeitung* im August 2017 aufgeklärt. Die Organisation leite nationale Fahndungsersuchen lediglich weiter.

Der einstige Guerillaführer und Vorsitzende der mittlerweile zur politischen Partei mutierten FARC, Timoleón Jiménez, warf Duque zum zweiten Jahrestag des Friedensabkommens vor, dessen Umsetzung systematisch zu sabotieren. So werde weder die im Abkommen vereinbarte Amnestie für inhaftierte Kämpfer umgesetzt noch das Problem der paramilitärischen Banden gelöst. Die rechten Todesschwadronen weiteten ihre Aktivitäten sogar aus. Allein seit der Amtseinführung Duques im August sind nach Angaben der FARC rund zwei Dutzend Aktivisten ermordet worden.

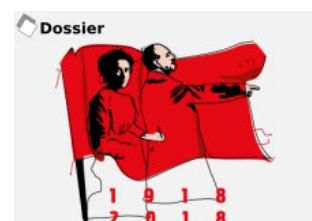
- [f teilen 3](#)
- [t tweet](#)
- [g+ 10](#)
- [Ausdrucken](#)
- [Versenden](#)
- [Leserbrief schreiben](#)

Beilage:
Alternatives Reisen
Erscheint am 12.12.2018.

jW stärken!

- [Wie geht Klassenpolitik heute?](#)
- [Recht auf eine gute Zeitung, Teil 2: Die Abobörse](#)
- [Vor der Revolution kommt das Revolutionsabo](#)

ANZEIGE



ANZEIGE



Von Lesern empfohlen:

Innenministern den Marsch blasen

»Die politische Linke muss die Klassenfrage stellen«

Heuschrecke vertreiben

Top 20 der letzten...

12 Monate / 48 Stunden

Die junge Welt wird von

2144

Genossinnen und Genossen
herausgegeben.
(Stand: 26.11.2018)

Debatte

-
-
-

Artikel empfehlen:

Login erforderlich

Debattieren Sie über diesen Artikel:

Schreiben Sie einen Beitrag

Termine

«**Beziehungsweise Revolution - 1917, 1968 und kommende**»

29.11., 19:00 Uhr, Kassablanca
ca Gleis 1, 07745 Jena

PLZ-Bereich:

Infos und Verweise zu diesem Artikel:

Ähnliche

Regio

Ähnliche:

Ein Lied für den Frieden (11.01.2014) Venezuela: »Sänger der FARC-Guerilla« Julián Conrado aus Haft entlassen. Aktivist nimmt an Verhandlungen der Guerilla mit Kolumbiens Regierung in Havanna teil

»**Wiedergeburt der Utopie in Südamerika**« (22.12.2012) Jahresrückblick 2012. Heute: Lateinamerika.

Wahlen bestätigen den fortschrittlichen Kurs der Linksregierungen. Rechte greift zum Putsch

Auf eigenen Wegen (24.12.2011) Jahresrückblick 2011 Heute: Lateinamerika. Der Kontinent emanzipiert sich von den USA. Soziale Kämpfe gehen weiter

Mehr aus: **Ausland**

Keine Milde mehr

Frankreichs Kommunisten suchen nach Einheit und Bestätigung ihrer »roten Identität«

Hansgeorg Hermann, Paris

Auch in Belgien

Proteste gegen hohe Benzinpreise greifen aus Frankreich auf Nachbarland über

Gerrit Hoekman

Theresa May im Labyrinth

Großbritanniens Premierministerin steht vor der schweren Aufgabe, im Unterhaus eine Mehrheit für das »Brexit«-Abkommen mit der EU zu organisieren

Christian Bunke, Manchester

Eskaliert

Seitenanfang

ANZEIGE



RUBRIKEN

[Titel](#) [Schwerpunkt](#) [Ansichten](#) [Inland](#) [Ausland](#) [Kapital & Arbeit](#) [Thema](#) [Feuilleton](#) [Sport](#) [Abgeschrieben](#) [Leserbriefe](#)
[Politisches Buch](#) [Betrieb & Gewerkschaft](#) [Antifa](#) [Medien](#) [Feminismus](#) [Geschichte](#) [Beilagen](#) [Wochenende](#) [Presse global](#)

ARCHIV

[Dossiers](#) [Thema](#) [Reportagen](#) [Serien](#) [Interviews](#) [Zitate](#) [Regio](#) [Blog-Archiv](#) [Suche](#)

SERVICE

[Anzeigen](#) [Abo-Service](#) [Probeabo](#) [Kiosk](#) [Newsletter](#) [RSS-Feed](#) [Terminkalender](#) [Shop](#) [AGB](#) [Kontakt](#) [Hilfe](#)

UNTERSTÜTZEN

[Über uns](#) [Abonnieren](#) [Genossenschaft](#) [Aktion](#) [Spenden](#)

PROJEKTE

[Ladengalerie](#) [Fotowettbewerb](#) [Rosa-Luxemburg-Konferenz](#) [Melodie und Rhythmus](#) [Bibliothek des Widerstands](#) [Buchmesse Havanna](#)
[Granma](#)

Vor dem Aufrufen dieser Website

Die Erweiterung wurde um zwei neue Funktionen erweitert:

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

© JUNGE WELT | IMPRESSUM / DATENSCHUTZ

Isolationsmodus: Bietet zusätzlichen Schutz beim Aufrufen gefährlicher Websites, die Malware oder Browser-Exploits enthalten